Nr. 353 1. Ausgabe

Sonntag, 29. Dezember 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 5 38, 13 5 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1068. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum für Dresden und Vororte 30 Pf., für auswärts 40 Pf., die amtliche Petitzeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 1.—. Für Stellen- und Kaufgesuche 10 Pf. Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach bekanntgegebenen Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; „ B mit „Illust. Neueste" „ „ 1.56, „ „ 4.68. In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illust. Neueste" monatl. Kr. 2.82, vierteljährl. Kr. 8.46; „ B mit „Illust. Neueste" „ „ 2.98, „ „ 8.94. Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Vor der Entscheidung in Berlin

Der Feind im besetzten Gebiet

Nach allen Meldungen, die trotz der Zensur, oder auf diesem Umweg aus den von Ententetruppen besetzten deutschen Gebieten eintreffen, läßt sich das eine mit Sicherheit feststellen: die Amerikaner benehmen sich tadellos. Sie haben für ihre Truppen großenteils in der Weise gesorgt, daß sie Konsumgeschäfte in geeigneten Häusern mit von ihnen eingeführten Waren errichteten, in denen nur amerikanische Truppen als Käufer zugelassen sind. Im Verkehr mit der rheinischen Bevölkerung sind sie höflich und streng korrekt. Die Offiziere teilen ganz offensichtlich die Anschauungen des Präsidenten Wilson.

Die Engländer üben eine strenge Postzensur insbesondere an Briefen, die für das neutrale Ausland bestimmt sind. Aber es scheint, daß Ausschreitungen englischer Offiziere und Truppen und Verletzungen der Waffenstillstandsbedingungen im ganzen wenig vorkommen, während die Franzosen sich überall als Beherrscher eines eroberten Gebietes und gegen die Bevölkerung rücksichtslos benehmen. Es lagen in den letzten Tagen widersprechende Berichte vor über die Besetzung von Mannheim, die nach den Bedingungen des Waffenstillstandes eine neue Eigenmächtigkeit und Vertragsverletzung bedeutete. Inzwischen gibt man hierüber die Waffenstillstandskommission folgendes bekannt:

„Am 23. Dezember erschien überraschend in Mannheim, also in der neutralen Zone, ein französischer Major als Abgesandter des Generals Gérard. Er teilte mit: Am 24. Dezember werden 5000 Franzosen in Mannheim einrücken, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Das deutsche Bataillon, das in Mannheim lag, habe bis 2 Uhr nachmittags die Stadt zu verlassen. — Deutscher Protest half nicht. Auf dem Wege über die Waffenstillstandskommission wurde daher versucht, Aufklärung herbeizuführen; hierbei stellte sich heraus, daß die Franzosen geglaubt hatten, infolge von Beschlüssen des Mannheimer Soldatenrates seien Unruhen entstanden. Die Franzosen wollten dies nicht dulden und glaubten daher, schleunigst die Polizei in Mannheim übernehmen zu sollen. — Glücklicherweise konnte von der Waffenstillstandskommission den Franzosen mitgeteilt werden, daß in Mannheim alles in Ordnung sei und daß das Vorhandensein der deutschen Polizeitruppe auch fernerhin die Ordnung verbürge. — Immerhin lag dem, was die Franzosen gehört hatten, doch ein wirklicher Vorfall zugrunde. Der Mannheimer Soldatenrat hatte nämlich unbegreiflicherweise den Beschluß gefaßt, das deutsche Bataillon in Mannheim zu entwaffnen. Die Durchführung des völlig unbegründeten Beschlusses wurde jedoch durch das Dazwischentreten der badischen Regierung vereitelt. — Für andre Städte in ähnlicher Lage mag der Vorfall als Warnung dienen und sie von voreiligen Beschlüssen abhalten. Das Verhalten der Franzosen auch in diesem Falle beweist, daß sie nicht beabsichtigen, die Arbeiter- und Soldatenräte in der neutralen Zone anzuerkennen."

Diese Warnung erscheint im weitesten Sinne angebracht. — Im übrigen geht aus der Mitteilung der Alliierten an die Waffenstillstandskommission, daß sie im besetzten Gebiete Wahlvorbereitungen, Versammlungen, Wahlen zur Nationalversammlung zulassen, aber Elsaß-Lothringen hiervon ganz ausschließen, hervor, daß sie Elsaß-Lothringen als französische Provinz bereits ansehen. Es muß dagegen immer wieder geltend gemacht werden, daß sowohl nach den Punkten Wilsons wie dem Waffenstillstandsabkommen dies Verhalten illegal ist. Nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker müssen mindestens bei den Friedensverhandlungen die deutschen Elsässer gehört werden, wenn es nicht statt des „Friedens der Gerechtigkeit" einen Frieden der Vergewaltigung geben soll.

•

Hochwasser im besetzten Gebiet

✝ Karlsruhe, 28. Dezember. — (Priv.-Tel.) Durch Hochwasser des Rheins sind vier Brücken des Oberrheins bei Neuenburg, Breisach, Sasbach und Ottenheim weggerissen und zerstört worden. Bei Bergungsarbeiten der Ottenheimer Brücke stürzten 15 bis 20 Franzosen in den Fluß und ertranken.

•

Vordringen der Franzosen gegen Frankfurt

✝ Frankfurt a. M., 28. Dezember. (Priv.-Tel.) Die Franzosen haben sämtliche Uebergangswege von dem besetzten Gebiete in die neutrale Zone im Umkreise von Frankfurt durch mächtige Drahtverhaue abgesperrt. Sie haben neuerdings ihre Linien noch näher an Frankfurt herangezogen. Französische Vorpostenketten besetzten Grenzen, welche vielfach mit dem 30-Kilometer-Radius des Mainzer Brückenkopfes nicht übereinstimmen. Frankfurt war unmittelbar vor Weihnachten das Ziel Tausender von Flüchtlingen, die aus den unerwartet besetzten Ortschaften herbeiströmten, um ihrer Gefangennahme zu entgehen.

•

Räuberunwesen in Frankfurt

✝ Karlsruhe, 28. Dezember. (Priv.-Tel.) Die badische Presse berichtet aus Frankfurt a. M.: Die Raubtaten in der Stadt Frankfurt und Umgebung nehmen trotz der Sicherheitswachen zu. Vorgestern nacht sind Räuber in eine Manufakturwaren-Großhandlung in der Kaiserstraße eingedrungen und haben für über 40 000 M. Seidenwaren gestohlen. Die Verbrecher entkamen unerkannt. Trupps von entlassenen Soldaten sind in die von der Militärverwaltung gemieteten Lagerhäuser der Fellhandlung von Goldschmidt eingedrungen und stahlen dort viele Tausende ausgestapelter Mäntel, Stiefel, Hosen usw. Wachmannschaften des Magazins waren gegen die Menge machtlos und erklärten, sie dürften von der Waffe keinen Gebrauch machen.

Die Zerstörungen in Belgien

✕ Berlin, 27. Dezember. Das WTB. erhält von wohlunterrichteter Seite folgende Mitteilung: Ueber den Umfang der Zerstörungen des privaten und öffentlichen Eigentums an Gebäuden und Anlagen in Belgien bestehen erstaunlich ganz falsche Annahmen. Nach Ausweis des Katasters sind — abgesehen von dem Kampfgelände in Westflandern — beim Durchmarsch unsrer Truppen und bei den Kämpfen mit Belgiern, Franzosen und Engländern im Herbst 1914 auf belgischem Boden insgesamt 21 400 Gebäude zerstört, wobei zumeist die Mauern noch aufrecht stehen. Demgegenüber sind in Ostpreußen von den Russen damals zerstört: 24 Städte, 600 Dörfer, 880 Güter mit 80 000 Gebäuden. In Westflandern ist bei den vierjährigen unablässigen Kämpfen ein langer Streifen von Nieuport bis Ypern verwüstet. Unsre Artillerie ist leider gezwungen gewesen, die schöne Stadt Ypern, deren völlige Schonung anfänglich beabsichtigt war, unter ihr Vernichtungsfeuer zu nehmen, nachdem die Engländer sie nicht nur zum Stützpunkt der Front, sondern auch zum Ausfalltor für die großen Flandernschlachten gemacht hatten. Von den Orten östlich der Yserlinie sind aber fast alle ausschließlich durch den Gegner, durch die Engländer und Belgier, zerstört. Dixmuiden, das bei den ersten Kämpfen schon schwer gelitten hatte, ist durch die englische Artillerie völlig zu Boden geworfen und ausgelöscht worden, und die Hauptorte auf dem Schlachtfeld der Flandernschlachten, Messines, Wytschaete, Hollebeke, Langhemarck, Poelcapelle, Zonnebeke, Paschendaele, Gheluveld, Becelaere, sind wieder durch die Granaten der Alliierten in Trichterfelder und Trümmerstätten verwandelt, wo oft kaum der Platz der Kirche mehr zu erkennen ist. Zuletzt sind Courtrai, Thielt, Tournai, Audenarde durch den Gegner beschossen worden. Hier überall ist der Anteil der Alliierten an den Zerstörungen weit größer als der deutsche.

Fronarbeit deutscher Kriegsgefangener

• Bern, 28. Dezember. Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich werden in der nächsten Woche nach den zerstörten Kampfgebieten abtransportiert werden. Wie aus Nancy berichtet wird, kommen von dort Tausende deutscher Männer aus Elsaß-Lothringen an, die interniert werden. Für Hafen- und Bauzwecke sollen 120 000 Kriegsgefangene verwendet werden. Der Arbeitsminister hat den betreffenden Kommissionen und Präfekten mitgeteilt, daß die Verteilung der deutschen Gefangenen noch zwei Jahre dauern werde und daß man dafür Sorge tragen solle, die Arbeiten so zu verteilen, daß sie nach diesem Zeitraum beendet werden können.

Die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission

Auf die von der Deutschen Waffenstillstandskommission dem Oberkommando der Alliierten vorgetragenen Wünsche, daß zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung die Absperrungsmaßnahmen im besetzten Gebiet zu mildern seien, sind von Marschall Foch den deutschen Behörden folgende Erleichterungen zugestanden worden:

1. Die ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind befugt, ohne Einschränkung die Berichte zu versenden, die sich auf die Vorbereitungen für die Wahlen und auf die Wahlen selbst beziehen.

2. Preß- und Versammlungsfreiheit werden von den alliierten Armeen gewährt, in einem Maße, das mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und einem einwandfreien Verhalten der Bevölkerung gegenüber den alliierten Armeen im Einklang steht.

3. Die Einreise in die besetzten Gebiete oder die Ausreise nach dem Innern Deutschlands kann den Personen gewährt werden, welche im Besitz eines Paßierscheines der ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind.

Die obigen Anordnungen finden keine Anwendung auf das Gebiet Elsaß-Lothringens.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt ferner mit: Am 23., 24. und 25. Dezember verhandelte in Luxemburg im Hauptquartier des Marschalls Foch eine deutsche wirtschaftliche Delegation unter der Leitung des Staatssekretärs Dr. August Müller mit einer französischen Delegation über Fragen, die in erster Linie die Wiederherstellung des Verkehrs zwischen den nichtbesetzten und den besetzten Gebieten Deutschlands betreffen. Die sehr schwierigen Verhandlungen führten zum Schlusse zu einer Einigung. Zwar verhielt sich die französische Delegation nicht dazu, den deutschen Standpunkt anzuerkennen, daß nämlich die militärische Besetzung keinen Einfluß auf das Wirtschaftsleben und den wirtschaftlichen Verkehr ausüben dürfe. Aber sie bemühte sich teilweise doch den deutschen Wünschen entgegenzukommen und dadurch die endgültige Einigung schließlich bis zu einem gewissen Grade zu erleichtern.

•

Ablieferung weiterer 50 U-Boote

✕ Berlin, 28. Dezember. Nach einem Funkspruch aus Lyon wird eine weitere beträchtliche Anzahl deutscher Unterseeboote binnen kurzem der Aufsicht der englischen Admiralität unterstellt werden. Es sind 50 große Fahrzeuge des neuesten Modells, welche noch nicht fertiggestellt waren, als die ersten 114 U-Boote ausgeliefert wurden. Die Anzahl der ausgelieferten Unterseeboote wird dadurch auf 164 erhöht. Das sind mehr, als Deutschland nach der allgemeinen Ansicht zur Zeit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes besaß.

Die großpolnische Agitation

Die Meldungen und Stimmungsberichte aus der Ostmark werden in Berliner Regierungskreisen recht ernst beurteilt. Es bestätigt sich, daß Paderewski bei seinem Einzuge in Posen von dem ehemaligen Reichstagsabgeordneten Korfanty und einem englischen Offizier begleitet war, dem die Reichsleitung bei seiner Reise durch Deutschland vergeblich den Weg zu versperren gesucht hatte. Der Offizier berief sich auf einen Befehl seiner Regierung und behauptete, daß er in Posen das Eintreffen einer weiteren größeren englischen Delegation abzuwarten habe. Auch die spärlichen Nachrichten, die aus Danzig vorliegen, lauten sehr trüb. In der Stadt scheint sich, nach einer Meldung der „Voss. Ztg.", der Deutschen eine Panik bemächtigt zu haben, obwohl dort die polnische Bevölkerung nur zwei Prozent der gesamten Einwohnerschaft ausmacht. Aus Danzig kommen auch Meldungen, daß in den neuangeworbenen Ostgrenzschutz sich auffällig viele Polen eingedrängen verstanden haben.

Dagegen ging noch gestern der „Danziger Zeitung" von führender polnischer Seite eine Erklärung zu, in der die Berichte über eine geheime Polenberatung und über gefaßte Beschlüsse am ersten Feiertag für glatt erfunden bezeichnet werden. Derartige Beratungen hätten überhaupt nicht stattgefunden, sondern nur eine öffentliche Begrüßungsfeier für Paderewski. Die Führer der englisch-französischen Militärmission in Danzig, Oberleutnant Grimwood und Major Engel, erklären der „Danziger Zeitung", daß sie an derartigen Beratungen nicht teilgenommen hätten.

Nach den Vorgängen in Posen und der Einkreisung, an der nicht zu zweifeln ist, wird man dieser Erklärung nicht viel Wert beimessen dürfen, zumal es in der Stadt Posen zu Ausreißen auf durchmarschierende deutsche Truppen gekommen ist, die sich auf dem Heimwege befanden. Es entstanden gestern abend

Krawalle in Posen,

in deren Verlauf es zu einer Schießerei kam, die einen gefährlichen Umfang anzunehmen drohte. Als Ursache der Unruhen wird nach einer Meldung des „Berl. Lokal-Anz." angegeben, daß von deutschen durchziehenden Truppenteilen bei den Polen in großer Zahl herumhängenden amerikanischen, englischen und französischen Flaggen herabgerissen worden sei. Ein Trupp von etwa 100 Polen (Zivilisten und Soldaten der polnischen Volkswehr) zogen demonstrierend gegen den Wilhelmsplatz, zum Polizeipräsidium, um es im Sturm zu nehmen. Es wurde geschossen und eine Abteilung von 80 Mann des 20. Feldartillerieregiments mit Maschinengewehren mußte den bedrängten Kameraden zu Hilfe eilen. Nach einem lebhaften Feuergefecht gelang es schließlich, die Polen zurückzudrängen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, haben die Deutschen einen verwundeten Soldaten und einen verwundeten Zivilisten zu beklagen, während die Verluste auf polnischer Seite erheblich sein müssen. Gegen Abend war die Ruhe in der Stadt völlig wiederhergestellt.

Man sieht gegen alle diese Bedrohlichkeiten nur den einen Ausweg: schleunigen Vorfrieden und baldige Friedensverhandlungen. Und es muß jedem Besonnenen einleuchten, daß jede Behinderung gesetzmäßiger und ordentlicher Entwicklung ein Verbrechen gegen die Existenz des deutschen Volkes bedeutet, dem ohne vorherige Ordnung und Sicherstellung der Regierung durch die Volksabstimmung ein Gewalt- und Knechtungsfrieden diktiert werden wird.

Zusammengehen der Armeen Denikin und Koltschak

Die russische Gesandtschaft im Haag hat von der russischen Regierung in Omsk die telegraphische Nachricht erhalten, daß die Armee dieser Regierung den bolschewistischen Truppen an der Front von Jekaterinenburg eine ernste Niederlage zugefügt hat. Die Bolschewiki ziehen sich in großer Unordnung auf die Stadt Perm zurück. Gleichzeitig erfuhr die Gesandtschaft aus Jekaterinodar, daß die südrussische Freiwilligenarmee unter Befehl des Generals Denikin die Diktatur des Führers der allrussischen Regierung in Omsk Admirals Koltschak anerkannt hat. Man hat sich auf folgendes geeinigt: 1. Wiederherstellung eines einigen unteilbaren russischen Reiches unter einer Zentralregierung, die den Provinzen ein weites Maß von Selbstverwaltung einräumen wird, deren ethnographische und historische Ansprüche darauf gerechtfertigt sind. 2. Entschlossener Kampf gegen die bolschewistischen Einrichtungen bis zu ihrer vollständigen Vernichtung. 3. Enges militärisches Zusammengehen zwischen der Freiwilligenarmee des Generals Denikin und der Armee der allrussischen Regierung in Omsk.

Die Berliner Vorgänge

Die Regierungskrise soll nun heute entschieden werden, da die von den Volksbeauftragten angerufene Instanz, der Zentralrat, gestern noch nicht vollzählig in Berlin versammelt war und aus diesem Grunde keine Beschlüsse fassen konnte. Allerdings haben gestern Besprechungen der in Berlin weilenden Mitglieder des Zentralrates untereinander wie auch insbesondere mit den mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten stattgefunden. Heute vormittag hat, wie uns gemeldet wird, zunächst der Zentralrat für sich allein über die Lage beraten und erst mittags soll die gemeinsame Sitzung des Zentralrates mit den Volksbeauftragten zur Entscheidung der Krise abgehalten werden. Der Rat der Volksbeauftragten hat, wie wir hören, heute vormittag eine Besprechung mit einer aus Breslau eingetroffenen Abordnung abgehalten und sich mit der Frage der Errichtung einer Republik Schlesien befaßt.

Welche Lösung die Regierungskrise finden wird, läßt sich auch in diesem Augenblick noch nicht voraussagen. Die Forderungen, die die Mehrheitsmitglieder zu stellen beabsichtigen, wenn sie weiter im Amte bleiben sollen, gipfeln in der Sicherstellung einer unbedingt zuverlässigen militärischen Macht. Diese Notwendigkeit zur Abwendung der völligen Machtlosigkeit der Regierung und der Anarchie wird auch im Leitartikel des „Vorwärts" vom Freitag abend nochmals unterstrichen. Dazu sagt die „Freisinnige Zeitung" nicht ohne guten Grund: „Ebert, Scheidemann und Landsberg appellieren an die Arbeiter und Parteigenossen, der Regierung eine sichere Volksmacht zu schaffen. Bis sie geschaffen ist, vergeht viel Zeit, und wer garantiert für ihre Zuverlässigkeit?" Die mehrheitssozialistischen Mitglieder der Regierung scheinen indessen zu hoffen, daß ihr Standpunkt die Billigung des Zentralrates finden werde. Damit erklärt sich auch, daß der „Vorwärts" das Vorhandensein einer akuten Regierungskrise bestreitet. Ganz zutreffend ist dieses Dementi keinesfalls, denn wenn die Mehrheitssozialisten auf Grund der Bewilligung ihrer militärischen Forderungen im Amte bleiben, so wird es um so fraglicher, ob die drei Volksbeauftragten aus dem Lager der Unabhängigen Sozialistischen Partei sämtlich oder auch nur teilweise im Amte bleiben. Die Unabhängigen waren bisher für völlige Demobilisierung. Die Polemik der beiderseitigen Parteiorgane läßt auch keineswegs auf einen persönlichen Geist schließen. Der „Vorwärts" führt die schleichende Krise, die ja eigentlich schon seit dem 9. November bestehe, auf die „schiefe, hinkende und doppelseitige Politik der Unabhängigen" zurück, die „Freiheit", das Organ der Unabhängigen, anderseits nennt den Bericht der sozialdemokratischen Volksbeauftragten ein „Schuldbekenntnis" und erklärt, das weitere Zusammenarbeiten der beiden sozialistischen Parteien sei in Frage gestellt: „Deckt der Zentralrat die Mitglieder der Regierung, deren Verhalten zu dem Putsch geführt hat, deckt er eine Politik, die in ihren Konsequenzen der sozialistischen Sache schädlich ist, so werden wir unsre Pflicht außerhalb der Regierung erfüllen."

Inzwischen treffen die Mehrheitssozialisten Berlins Anstalten, um für alle Fälle zu bekunden, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung auch in Berlin hinter sich haben. Der „Vorwärts" ruft zu Massenkundgebungen am Sonntag auf „gegen die Diktatur des Spartakusbundes" und begleitet diesen Aufruf durch Darlegungen, die in der Erklärung gipfeln, „daß wir jede Minute bereit sein müssen, für unsre Genossen in der Regierung und damit für die Sache der Sozialdemokratie bis zum Allerletzten einzustehen". Da gleichzeitig für Sonntag die Beisetzung der gefallenen Matrosen angesetzt ist, so steht jedenfalls ein kritischer Tag bevor. Der Aufruf zu den Sonntagsdemonstrationen wendet sich an die „ganze Berliner Bevölkerung". Er lautet: „Die Vorgänge der letzten Tage haben die Erregung der Berliner Bevölkerung gegen das terroristische Treiben der Spartakusgruppe zur Siedehitze gesteigert. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte bereits für den heutigen Freitag eine Demonstration geplant, aber wegen der Feiertage konnten die Vorbereitungen nicht so umfassend getroffen werden, daß mit Sicherheit die ganze Berliner Bevölkerung von dem Vorhaben benachrichtigt worden wäre. Der Wille der Massen muß so rasch wie möglich zum Ausdruck kommen. Wer nicht will, daß mehr als 90 Prozent der Bevölkerung durch kleine bewaffnete Trupps terrorisiert werden, wer Gewaltstreiche, wie die Festsetzung der Regierung, durch eine Schar Bewaffneter oder den Raub des „Vorwärts" durch irgendwelche Haufen verabscheut, wer will, daß endlich das Blutvergießen in den Straßen Berlins aufhöre und Ruhe und Ordnung einkehren, wer Berlin vor einer Besetzung durch die Entente bewahren will, der halte sich bereit, mit zu demonstrieren. Die Welt soll und muß erfahren, wo die Berliner werktätige Bevölkerung steht. Jedermann gehört am Sonntag in die Reihen der Demonstrierenden gegen die Diktatur des Spartakusbundes!"

Einer der Volksbeauftragten teilte dem Berliner Korrespondenten des „Neuen Wiener Journals" folgendes mit: „Ueber die Kabinettskrise laufen die wildesten Gerüchte nicht nur im Inlande, sondern auch im Auslande um. Allgemein wird verbreitet, daß sich eine Regierung Liebknecht-Ledebour gebildet habe oder in Bildung

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181229/1